



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 24.02.2021, 17:00 Uhr, Forum, Bürgersaal (Hybrid-Sitzung)

ÖFFENTLICH

TOP 1

Resolution des Integrationsrats gegen Rassismus

Vorl.Nr. 044/21

Beschluss:

Der Gemeinderat schließt sich der am 28. Januar 2021 durch den Integrationsrat beschlossenen Resolution gegen Rassismus an.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Heer
 - Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Sitzung findet in einem hybriden Format statt. Hierzu ist im Vorfeld die gewünschte Teilnahme abgefragt worden und auf Wunsch an die Stadträtinnen und Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Link verschickt worden. OBM Dr. Knecht prüft die Anwesenheit. Online zugeschaltet sind Stadtrat Bauer, Stadtrat Braumann, Stadtrat Dogan, Stadträtin Gericke, Stadtrat Girrbach, Stadtrat Handel, Stadträtin Dr. Knoß, Stadtrat Schreiber, Stadträtin Shoaleh und Stadtrat Sorg. OBM Dr. Knecht stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Für die Bürgerschaft stehen Sitzmöglichkeiten im Saal, unter Einhaltung der Hygienevorschriften, bereit. Zudem findet eine Übertragung in das Foyer statt. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft OBM Dr. Knecht Tagesordnungspunkt 1 auf und verweist auf die Vorlage Nr. 044/21.

EBM **Seigfried** führt in das Thema ein. Durch den rassistisch motivierten Anschlag in Hanau habe dieses Thema eine besondere Bedeutung bekommen. Man wolle ein deutliches Signal gegen Rassismus setzen.

Integrationsratsmitglied Herr **Jeuk** erläutert den Sachverhalt. Das Thema sei dem Integrationsrat sehr wichtig und wünscht eine eindeutige Positionierung. Bewusst und behutsam müsse mit diesem Thema umgegangen werden. Erst kürzlich sei in Ludwigsburg ein Netzwerk gegen Rassismus gegründet worden.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Shoaleh** dankt für die Erarbeitung der Resolution. Selbstverständlich werde sich ihre Fraktion anschließen. Integration und Rassismus seien eng miteinander verbunden aber dennoch unterschiedliche Themen. Handlungen und Äußerungen dürfen nicht ignoriert werden. Das Ziel sei ein friedliches und respektvolles Miteinander ohne Angst, Gewalt und Hetze. Weiter geht sie auf den Alltagsrassismus und strukturellen Rassismus ein. Rassismus töte unschuldige Menschen und die Demokratie. Sie geht auf die Mahnwache zum Jahrestag des Anschlages von Hanau ein und bedankt sich bei den Organisatoren. BM Ilk habe hierzu eindruckliche Worte gesprochen, so Frau Shoaleh und zitiert aus der Ansprache.

Stadträtin **Dr. Traub** führt aus, es reiche nicht neutral zu sein. Man müsse konkret gegen Rassismus eintreten. Diese Resolution setzt ein wichtiges Zeichen und sie dankt dem gesamten Team. Man müsse sich immer wieder positionieren und spricht ihren Dank an die Bürgerinnen und Bürger aus, die Migranten in den Gemeinderat gewählt haben und gemeinsam interreligiöse Veranstaltungen und Mahnwachen besucht haben. Es sei die Pflicht jeden Angriff gegen die Demokratie abzuwenden.

Rassismus sei eine dumme und gefährliche Ideologie, so Stadtrat **Dengel**. Gerne schließt er sich der Resolution an.

Stadträtin **Metzger** führt folgendes dazu aus: „Der Integrationsrat schreibt unter Anderem in seiner Resolution: „Respekt bedeutet jeden Menschen in seiner Verschiedenheit und Würde anzuerkennen. Wir stellen uns gegen alle Formen von Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung und antworten mit Solidarität und Zivilcourage.“ Der Integrationsrat hat sich viele Gedanken gemacht zu der Resolution und es passt gut, dass die Verabschiedung der Resolution heute auf der Tagesordnung steht. Ein Jahr nach dem rechtsterroristischen, rassistischen Anschlag in Hanau gedachten einige Menschen der Anschläge letzten Freitag auch bei uns auf dem Ludwigsburger Marktplatz. In den letzten Tagen ist das Attentat von Hanau durch den ersten Jahrestag erneut präsent gewesen. Es gibt aber nicht nur Hanau, sondern auch Halle, Köln, Kassel, Altena, München, Nürnberg, Hamburg, Rostock, Heilbronn - die Liste der Städte und Gewalt ist lang. Die rechten Anschläge zeigen, dass Rechtsextremismus die größte Gefahr für unser friedliches Zusammenleben und unsere offene und freie Gesellschaft ist. Die Anschläge sind Teile und Spitze des Eisbergs einer besorgniserregenden Entwicklung. Die Terrorattacken haben uns schmerzlich gelehrt, wie wichtig es ist, wachsam zu sein und jede Form von rassistischer Menschenfeindlichkeit im Ansatz zu bekämpfen - im Netz und auf der Straße. Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass wir als Gesellschaft zusammenstehen. Das erreichen wir durch einen starken sozialen Zusammenhalt. Die gemeinsame Verabschiedung der Resolution ist ein guter Anfang diesen Zusammenhalt zu zeigen. Wir danken den Mitgliedern des Integrationsrats für die Initiative und schließen uns der Resolution gerne an und treten aktiv bei.“

Uneingeschränkt und mit voller Überzeugung stehe die FDP-Fraktion im Gemeinderat Ludwigsburg hinter dieser Resolution, so Stadtrat **Eisele**. In der heutigen Zeit solle diese Resolution selbstverständlich mitgetragen werden. Es sollen mehr Institutionen, wie Vereine und Kirchen, einbezogen werden. Er geht auf die Resolution des Deutschen Städtetages und die Thesen ein. Die freiheitliche Demokratie verlange Toleranz und Respekt. Mit der Umsetzung dieser These wäre ein friedliches Zusammenleben ohne Gewalt und Hass möglich. Er dankt dem Integrationsrat und unterstützt die Resolution und die gesamte Arbeit. Weiter weist er auf einen redaktionellen Fehler in der Vorlage hin. Im Resolutionstext sei versehentlich anstatt „staatliche Gewalt“ „stättliche Gewalt“ vermerkt.

OBM **Dr. Knecht** bedankt sich für den Hinweis.

Nachfolgend der Wortbeitrag von Stadträtin **Schmidt**: „Danke Herr Dr. Knecht, und vielen Dank an den Integrationsrat für die Vorlage dieser Resolution. Ein Jahr nach dem schrecklichen Morden in Hanau ist diese gemeinsame Resolution des Integrationsrates, des Gemeinderates und der Stadtverwaltung ein gutes Zeichen. Möge Sie zur Resolution für unsere ganze Stadt werden! Was wir heute verabschieden sind Worte. Bei Worten darf es aber nicht bleiben. Ich bin der Meinung, dass diesem richtigen Statement heute Taten folgen müssen. Es gibt gute Ansätze von

bürgerlichem Engagement in der Stadt Ludwigsburg. Die black lives matters Bewegung sei hier stellvertretend genannt. Ich denke aber, dass eine noch bessere kommunale Verankerung solcher Aktivitäten notwendig ist. Wir müssen als Kommune vor Ort handeln mit Anlaufstellen gegen Rassismus, Projekten im Bereich der Prävention und mehr. Das Büro für Integration gehört personell aufgestockt und finanziell gut ausgestattet. Wir können es uns nicht leisten hier zu sparen! Wir müssen die Ursachen angehen die Menschen radikalieren, verdummen, aus der Gesellschaft treiben, zu Gegnern der Vernunft und der Demokratie werden lassen. Wir stehen vor der Herausforderung trotz klammer Kassen ein Verschärfen der sozialen Ungleichheit zu verhindern. Wir müssen verhindern, dass Menschen sich abgehängt fühlen, weil sie abgehängt sind und nicht mehr als Teil dieser Gesellschaft. Wir dürfen Niemand in Perspektivlosigkeit zurücklassen. Denn solche Menschen, die keinen Platz für sich in unsere Gesellschaft sehen, werden die Reihen der rechten Menschenfänger auffüllen. Soziale Gerechtigkeit ist der Kitt, der unsere Demokratie zusammenhält. Sparen wir hier an der falschen Stelle riskieren wir unter Umständen alles. Und das tun wir mit der Resolution ein Stück weit- Darf Rassismus und antidemokratisches Verhalten nicht zur Normalität werden. Wir dürfen uns nicht an die Nazis gewöhnen. Streit gehört in der politischen Debatte dazu unterschiedliche Meinungen gehören zu einer Gesellschaft. Sie bereichernd eine Demokratie. Aber was die Nazis, was die Faschisten, was die Rechtsradikalen tun bedroht andere Menschen an Leib und Leben in Würde und Freiheit. Das ist keine politische Meinung Das ist ein Angriff auf unsere Gesellschaft. Man kann es nicht oft genug sagen: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“

Im Anschluss an diese Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage Nr. 044/21 Beschluss fassen und merkt noch an, dass der Jugendgemeinderat ebenso hinter dieser Resolution stehe.

TOP 2

Aktueller Stand Corona-Pandemie und Maßnahmen zum schrittweisen Ausstieg aus dem Lockdown, u.a. Errichtung einer Schnelltest-Station in der Ludwigsburger Innenstadt

Beratungsverlauf:

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) berichten OBM **Dr. Knecht** und EBM **Seigfried** über den aktuellen Stand zur Corona-Pandemie und erläutern die vorgesehenen Maßnahmen in Ludwigsburg zum schrittweisen Ausstieg aus dem Lockdown.

Dieses Thema fordere momentan die gesamte Gesellschaft heraus, so OBM **Dr. Knecht**. Der schrittweise Ausstieg sei mit Botschaften und Risiken verbunden. Man wünsche sich die gesellschaftliche Realität und die Leistungen von Gastronomie, Einzelhandel sowie Dienstleistungen zurück.

EBM **Seigfried** geht auf die aktuelle bundesweite Entwicklung bei den Neuinfektionen ein. Gestern lag die Inzidenz in der Stadt bei 44,9. Diese Woche begannen ein eingeschränkter Schulbetrieb und ein pandemiegerechter Kindergartenbetrieb. Weiter geht er auf die vorgesehenen Öffnungen ein. Begleitet werde die Öffnung der frühkindlichen und schulischen Bildung durch ein erweitertes Angebot der Berechtigung für Schnelltests. Diese sollen möglichst einfach zugänglich sein. Das bisherige Angebot sei für eine erforderliche Testdichte nicht ausreichend. Die Stadt Ludwigsburg habe sich für ihr eigenes Personal im Sozialen- und Erziehungsdienst zu einem mobilen Testteam entschieden. Dieses Angebot habe diese Woche begonnen und werde um weitere 14 Tage verlängert. Eine Refinanzierung der mobilen Testungen privater Anbieter gebe es momentan nicht, so EBM Seigfried. Zudem gebe es für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Schulen und Kitas

ein Vorrücken bei den Impfungen. Gegenüber dem Land sei man hinsichtlich der Finanzierung der mobilen Testteams aktiv geworden. Mittlerweile gebe es beim Land eine Kabinettsvorlage hinsichtlich einer finanziellen Unterstützung und er hoffe auf einen entsprechenden Beschluss. Die Situation sei sehr fluid. Heute werden laut Gesundheitsministerium erste Schnelltests zugelassen. Eine kreisweite Lösung zeichne sich derzeit nicht ab. Aufgrund dieser unübersichtlichen Situation habe sich die Verwaltung entschieden für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mobile Testungen bis 21. März abzusichern. Die freien Träger seien hierzu, unter Hinweis der Refinanzierung, zur Teilnahme eingeladen worden. Man setze auf die vorhandene Struktur der Ärzte und Apotheker in der Stadt. Im Laufe der kommenden Woche werde eine privatwirtschaftlich betriebene Schnellteststelle im Kulturzentrum eingerichtet. Diese sei nicht in Konkurrenz zu sehen, sondern solle eine Überlastung der Praxen und Apotheken verhindern. Die vorübergehende zusätzliche Teststelle im Kulturzentrum sei eine Ergänzung und werde einen bedarfsgerechten Aufbau sowie Rückbau vorsehen.

OBM **Dr. Knecht** fügt hinzu, dass man in den nächsten Jahren mit dem Virus leben müsse. Eine Öffnung müsse schrittweise erfolgen. Im privaten Bereich liege ein hohes Gefährdungsrisiko. Er appelliere daher an eine erhöhte Sorgfalt und Disziplin. Tests und Impfungen seien wichtig, jedoch müsse weiterhin auf Abstand- und Hygieneregeln geachtet werden. Er erwarte vom Land und Bund eine Öffnungsstrategie. Dringend brauche man die Auszahlung der Corona Hilfen und die finanzielle Unterstützung der Kommunen für ihre Teststrategien, appelliert er an die Politik. Für die Teststrategie suche man nach praktikablen Lösungen. Mit disziplinlosem agieren im Privatbereich gefährde man die Öffnungsstrategie.

Stadträtin **Dr. Knoß** dankt EBM Seigfried und der Verwaltung für den professionellen Einsatz im Umgang mit dieser Situation. Die Angst einer Infizierung sei da und sie sei froh über ein gut erreichbares und niederschwelliges Testangebot vor Ort. Weiter geht sie auf die Quadratmeterregel für Öffnungen ein. Entsprechend müsse beim Einzelhandel im Laden eine Entzerrung und Verteilung stattfinden. Sie wünscht ein Eingreifen der Stadt.

Stadträtin **Seyfang** schließt sich dem Dank an. Corona werde uns noch lange begleiten. Eine niederschwellige Testung sei notwendig. Sie hoffe, dass die Kabinettsvorlage beschlossen werde und Testungen durch mobile Teams abgedeckt werden können. Es gebe für die Testung viele Vorschriften, die nicht jede Apotheke und jeder Arzt in den eigenen Räumen bereitstellen könne. Viele Apotheken hätten mobile Teams zusammengestellt und könnten so die freien Träger unterstützen. Ein verantwortungsvoller Umgang mit den Selbsttests müsse vorausgesetzt werden, äußert sie mit Bedenken. Die Öffnungsstrategie für das Blüba sei wichtig. Alle sollten sich an die Maßnahmen halten, appelliert sie und dankt für das Tragen der Masken im Gremium.

Ebenso dankt Stadtrat **Weiss** dem Krisenstab. Man müsse schnell und unbürokratisch handeln sowie Tests und Impfungen durchführen.

Stadträtin **Liepins** dankt ebenfalls dem gesamten Team. Schnelltests und Impfungen seien momentane Lichtblicke, so Stadträtin Liepins. Weiter will sie wissen, wie die Konditionen der Testungen im Kulturzentrum für die Bürger seien. Zudem kritisiert sie die mangelnde Abstandseinhaltungen in Lebensmittelläden, vor allem am Wochenende. Schwierig sei hier ein Eingreifen der Stadt. Dies könne nur durch Kontrollen erfolgen.

Für die Führung durch die Pandemie auf kommunaler Ebene dankt Stadträtin **Knecht** der Verwaltung. Schnelltests seien wichtig und sie hoffe auf eine ausreichende Kapazität. Dringend brauche man eine behutsame und klare Öffnungsstrategie. Man müsse mit dem Virus leben lernen. Häufig erreichen sie Klagen über die Schließung des Blühenden Barocks, nicht nur zum Aufenthalt sondern auch als Durchwegung und die derzeit mangelnden Sitzgelegenheiten in der Innenstadt. Zudem wünscht sie Informationen zu den Testungen in den Schulen.

Stadtrat **Müller** schließt sich dem Dank der Vorredner an das Krisenmanagement an. Er appelliert an den richtigen Umgang mit den Schnelltests. Weiter geht er auf die Virusmutationen und die

aktuelle Anzahl derer ein.

Die Kontrolle werde mit Sorge und Einsatz durch den Fachbereich Sicherheit und Ordnung begleitet, merkt OBM **Dr. Knecht** an.

Stadtrat **Dogan** spricht ebenso seinen Dank für die geleistete Arbeit aus. Er fragt nach dem Grund für den aktuellen Anstieg der Inzidenzzahlen. Er selbst gehe davon aus, dass dies mit der Aufhebung der Ausgangssperre und den privaten Kontakten zusammenhänge.

Es gebe keine validen lokale Daten, auf die die erhöhten Zahlen zurückzuführen seien, so EBM **Seigfried**. Es gebe zwei Erklärungsmuster. Zum einen gebe es eine gewisse Müdigkeit hinsichtlich der Einhaltung der Maßnahmen. Zum anderen seien die zwischenzeitlich aufgetretenen Mutationen weitaus ansteckender. Die vorübergehende zusätzliche Teststelle beim Kulturzentrum sei eine Ergänzung. Die Sitzgelegenheiten seien im letzten Frühjahr abgebaut worden, um abendliche Gruppenbildungen zu verhindern. Angesichts der ansteigenden Zahlen werde man sich mit deiner erneuten Aufstellung der Sitzgelegenheiten zurückhalten. Sofern das Land die Testungen finanziere, werde die Testung an den Schulen organisiert. Jede Kommune solle ausreichende niedrigschwellige Testmöglichkeiten zu schaffen.

TOP 3

Rechenschaftsbericht und Aussprache zur strategischen Ausrichtung des Ludwigsburger Innenstadtvereins (LUIS e.V.) - mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** schlägt vor, die Aussprache und Diskussion im Zusammenhang mit Tagesordnungspunkt 4 zu führen. Das Gremium zeigt sich mit dieser Vorgehensweise einig.

Als Vorsitzende des LUIS e.V. (Ludwigsburger Innenstadt e.V.) gibt Stadträtin **Dr. Klünder** ein Statement ab. Eine Öffnungsperspektive mit einer guten Strategie sowie gutes Wetter sei wichtig. Im privaten Bereich sei Vorsicht geboten, um Öffnungsstrategien nicht zu gefährden. Die Betriebe in der Innenstadt seien mit guten Hygienekonzepten vorbereitet. Zu großen Versorgerzentren äußert sie Bedenken. LUIS sei ein gemeinsames Sprachrohr für die Ludwigsburger Einzelhändler, Gastronomie und Dienstleister. LUIS könne mit Marketingmaßnahmen mehr Aufmerksamkeit erzeugen und zielgenau unterstützen. Der gemeinschaftliche Solidaritätsgedanke werde mitgenommen.

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) stellt Herr **Fischer** (LUIS) anschließend die Aktivitäten des Innenstadtvereins vor und beantwortet Fragen der Gremiumsmitglieder.

Abweichender Beschluss:

1. Das nachfolgende Maßnahmenpaket wird als „Aktionsprogramm Einzelhandel, Gastronomie und Dienstleistungen Ludwigsburg“ beschlossen. Die direkt bei der Stadt anfallenden Aufwendungen 2021 sind aus der städtischen Deckungsreserve zutragen, die Ausgaben 2022 ff. sind gesondert zu beschließen.
Ziffer 1.5. entfällt. Für die Ziffern 2.2 und 2.3 der mittelfristigen Maßnahmen werden insgesamt EUR 50.000,- zur Verfügung gestellt. Die Stadtverwaltung erstellt ein entsprechendes Konzept.
2. Die Stadt Ludwigsburg verlängert ~~und erhöht~~ den jährlichen Zuschuss an den Ludwigsburger Innenstadtverein (LUI e.V.), in Höhe von bisher EUR 180.000,-, ~~um weitere EUR 50.000,-, auf EUR 230.000,-, befristet~~ für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis 31.12.2024.
Für den Zeitraum 01.07.2021 bis 30.6.2023 erhält LUIS e.V. jährlich EUR 50.000,- (insgesamt EUR 100.000,-).
Der Rechenschaftsbericht des LUIS e.V. erfolgt wie ein Austausch zur strategischen Ausrichtung des Vereins im Tagesordnungspunkt 3 der Gemeinderatssitzung am 24.02.2021.

Abstimmungsergebnis:

(vgl. Beratungsverlauf)

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorlage Nr. 047/21 welche die bisherige Vorlage Nr. 037/21 ersetzt. Er schlägt vor, über die Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlags getrennt zu beraten und auch getrennt abzustimmen. Zunächst solle über die Ziffer 2 des Beschlussvorschlags beraten und abgestimmt werden.

Mit dieser Verfahrensweise erklärt sich das Gremium einverstanden.

Stadträtin **Dr. Klünder** erklärt sich zu diesem Punkt für befangen.

Herr **Steinert** (Stabsstelle Wirtschaftsförderung) erläutert den Sachverhalt.

Im Anschluss führt Stadtrat Prof. Vierling aus: „Danke für die interessante Präsentation. Schon im ersten Lockdown haben Sie ein digitales Schaufenster für die Innenstadt-Aktiven geboten – da haben Sie auch die Fraktionen des Gemeinderats geschickt eingebunden; und auch jetzt sind Sie mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen – etwa der Retter-Auktion - wirklich gut dabei.“

Der Ludwigsburger Innenstadtverein ist wesentlicher Träger und Partner der Stadt bei der Innenstadtpolitik. Mitglieder sind vor allem Einzelhändler*innen und Gastronom*innen. Dass Ludwigsburg attraktiv ist, daran haben seine Innenstadt-Händler*innen und Gastronom*innen erheblichen Anteil. Wir wollen heute mit dem Aktionsprogramm ein klares Bekenntnis abgeben für eine Innenstadt mit gut funktionierendem Einzelhandel und Gastronomie. Da sind wir ganz auf der Linie der Grünen im Land, die sich auch für einen Landes-Rettungsschirm für die Innenstädte stark machen und an ganz ähnliche Maßnahmen denken wie wir hier in der Stadt.

Die Finanzierung von LUIS erfolgt ungefähr hälftig durch die Mitglieder und Sponsoren einerseits und durch die Stadt andererseits. Das entspricht einer Faustformel: Die Förderung von Einzelhandel und Gastronomie in der Innenstadt erfolgt in ungefähr gleicher Weise

- einerseits im Interesse der privaten Belange der Inhaber, Beschäftigten und Kunden und
- andererseits im Interesse der Stadt insgesamt, die mit einer attraktiven Innenstadt identifiziert werden möchte.

Diese hälftige Aufteilung der Finanzierung ist seit dem Jahr 2019 ausgesetzt. Mit zusätzlichen 70.000 € pro Jahr fördert allein die Stadt eine zusätzliche Personalstelle für Digitalisierung bei LUIS. Und das für drei Jahre. Jetzt schlägt die Stadtverwaltung vor, dass diese 70.000 € pro Jahr drei weitere Jahre fließen. Das wäre/das ist eine Gelegenheit, zu zeigen, dass diese Digitalisierungsbemühungen Erfolg hatten und ergänzend, dass diese Personalstelle auch dringend weiterhin nötig ist.

Fest steht: Die Pandemie setzt dem Einzelhandel und der Gastronomie seit einem Jahr extrem zu. Online-Angebote und Online-Marketing sind das Gebot der Stunde. Wann, wenn nicht jetzt, muss die Digital-Strategie von LUIS Erfolge zeitigen.

Jetzt allerdings kommt mit der städtischen Vorlage noch eine weitere Zusatzförderung ins Spiel: Weitere 50.000 € pro Jahr 2022 bis 2024, und bereits 25.000 € für 2021, zugunsten einer weiteren Stützung der Online-Marketing-Strategie von LUIS.

Da stellt sich doch die Frage, ob diese Mittel in dieser Weise Erfolg versprechend eingesetzt werden.

Wichtig ist die Frage: Sind wir gerade dabei, allen Aufwand, den die privaten Innenstadt-Akteure im Internet-Zeitalter für ihr Online-Marketing aufbringen müssten, Stichwort etwas „Mitgliederprofile“, komplett aus Steuermitteln zu übernehmen? Und wäre es möglicherweise sinnvoller, sich das Marketing-Knowhow als Sachleistung einzukaufen, statt mit Eigenpersonal anzugehen? Und anders gefragt: Wie können wir dafür sorgen, dass es bei einer Anschubfinanzierung zur Förderung des Online-Marketing bleibt? Die Zeiträume bis 2024 ist dafür recht lang.

Und bitte: Wenden wir uns den grundlegenden Fragen zu: Wie fördern wir innovative Ansätze im Rahmen der Digitalisierungs-Strategie? Also welche Erwartungen formulieren wir an die LUIS-Aktivitäten?

Erstens: Aus Sicht von B 90 die Grünen muss bald ein LUIS-Online-Marktplatz bestehen, also eine Online-Präsentation der Produkte der Mitglieder in Verbindung mit Online-Bestell-, Bezahl- und Liefermöglichkeiten.

Zweitens muss der Lieferservice, eine Zustellung mit Lastenrädern und E-Autos, nach der Anschublösung über die Stadtwerke, eng an LUIS angebunden. Zur kompetenten Gestaltung des Einkaufserlebnisses gehört unbedingt auch die Frage, wie die Einkäufe nach Hause transportiert werden.

Drittens sollten LUIS und seine Mitglieder sich verabschieden von der Pfennigfuchserie um die Erstattung von Parkgebühren: Parkeschön oder der immer unzureichende Versuch, Bus- und Fahrradnutzer auch ein bisschen zu entschädigen: Wir rufen Händler*innen und Kund*innen auf: Unterstützen wir die nachhaltige Mobilität. Fallen wir nicht immer weiter der nachhaltigen Mobilität in den Arm, indem wir Autofahrende mit Parkierungsrabatten locken. Eine selbstbewusste Innenstadt mit Qualität und Atmosphäre hat es nicht nötig, an den Krämergeist zu appellieren, dass sich hier ein paar Parkgroschen einsparen lassen.

Aber wenn wir über eine Zuschuss-Verlängerung bis 2024 sprechen, dann ist das lange genug für einen strategischen Ansatz. Dann ist das Teil des Strategieprozesses, den wir uns als Gemeinderat und Stadtverwaltung ab sofort vorgenommen haben. Und da verwechseln manche etwas. Die Zukunft der Innenstadt ist nicht identisch mit der Förderung der Händler*innen und Gastronom*innen von heute.

Schon vor Corona hat sich das Einkaufsverhalten der Bevölkerung dramatisch verändert; Corona ist hier ein Beschleuniger. Die Zukunft der Innenstadt ist deswegen klar verbunden mit mehr Wohnen, mit mehr Grün- und Spielflächen, mit mehr niederschwelliger Kultur. Attraktive Innenstadt braucht nach wie vor Einzelhandel und Gastronomie, aber der Anteil des Einzelhandels wird zurückgehen.

Und zu diesem Thema müssen wir uns informieren, das müssen wir diskutieren und davor dürfen wir uns nicht mit immer höheren Dauer-Erhaltungssubventionen abwenden.

Wir sind der Auffassung, dass wir bei der strategischen Fokussierung von LUIS noch nachschärfen müssen, dass wir LUIS in ein Innenstadt-Gesamtkonzept angemessen einbetten müssen und dass die Zuschuss-Erhöhung, die wir heute beschließen, regelmäßig, spätestens nach den zu beschließenden drei Jahren, auf den Prüfstand der Wirksamkeit zu stellen ist.“

Stadtrat **Herrmann** dankt für den Vortrag. Zu einer lebendigen Stadt gehöre der Handel. Man sehe ein, dass eine personelle Unterstützung bei LUIS notwendig werden wird. Die Zeit nach Corona werde anders aussehen als in der Vor-Coronazeit. Der Interneteinkauf werde zunehmend zum Problem für die Innenstädte. Man benötige stadtrelevante Betriebe und man halte daher die Einstellung eines Online-Marketing-Managers für richtig und wichtig.

Eine hohe Anzahl an Kunden sei für die Innenstadt wichtig. Evtl. wäre eine Parkeschön-App eine Möglichkeit, zusätzliche Kunden zu gewinnen.

Die vorgesehene Befristung für 3 Jahre mache Sinn und seine Fraktion könne mehrheitlich zustimmen.

Stadtrat **Weiss** teilt mit, man könne der Beschlussziffer 2 nur eingeschränkt mehrheitlich folgen. Eine personelle Verstärkung könne auch durch einen externen Dienstleister erfolgen und müsse nicht mit einer befristeten Stelle verbunden werden. Es gehe um Anschubtätigkeiten die auch bisher schon gemacht wurden. Einen Betrag von 50.000 Euro könne man für einen externen Dienstleister einsetzen.

Man solle sich, zusammen mit den Einzelhändlern Zeit nehmen, um sich langfristige strategische Maßnahmen zu überlegen und nicht im Hau-Ruck-Verfahren Geld ausgeben. Seine Fraktion werde daher mehrheitlich nur für ein Jahr, vom 01.07.2021 bis zum 30.06.2022, einem Zuschuss von 50.000 Euro zustimmen.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** dankt für den Vortrag und für die Arbeit des Innenstadtvereins in den vergangenen Jahren. Er weist darauf hin, dass es sich bei LUIS um keinen ehrenamtlichen Verein handle. Wenn der Innenstadtverein nicht seiner Aufgabe nachkäme, müsste es die Stadt als immens wichtige freiwillige Aufgabe übernehmen. Es werde viel Arbeit auf den Verein zukommen. Er sehe die Aufgabenfüllen bei LUIS in den nächsten Monaten und Jahren. Man müsse daher jetzt reagieren. Man könne einer Förderung für die nächsten 3 Jahre zustimmen. Es müsse noch klargestellt werden, ab wann konkret die Erhöhung greifen soll. Beschlusstext und Begründung würden diesbezüglich in der Vorlage differieren.

Stadträtin **Knecht** unterstreicht die Wichtigkeit eines digitalen Marketings. Hier müsse mehr investiert werden. Die FDP-Fraktion werde daher zustimmen. Sie regt an, auf der neu gestalteten Homepage der Stadt Ludwigsburg einen dicken Hinweis auf die Homepage von LUIS anzubringen. Weiter regt Sie an, z.B. Studenten anzufragen, während der Pandemie Waren für die Innenstadtkläuse auszufahren. Durch die räumliche Nähe hätten die Innenstadthändler so zeitliche Vorteile gegenüber großen Versandhändlern.

Stadträtin **Schmidt** führt aus, Ziffer 1 des Beschlussvorschlages könne sie gerne zustimmen. Eine Zustimmung zu Ziffer 2 falle ihr schwerer. Es gehe um Steuergelder. Sie sei nicht bereit große Betriebe wie Müller, C & A etc. die ebenfalls Mitglied bei LUIS seien, finanziell zu unterstützen. Dies sei eine soziale Ungleichbehandlung.

Stadtrat **Link** bedankt sich für den hervorragenden Vortrag. Für die Jahre 2021 und 2022 könne er zustimmen. Einem Haushaltsvorgriff für die Jahre 2023 und 2024 könne er angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen nicht zustimmen. Er schlage daher eine gesplittete Abstimmung vor.

Im Anschluss geht der Leiter der Stabstelle Wirtschaftsförderung auf die aufgeworfenen Fragen ein. An Stadträtin Schmidt gerichtet teilt er mit, es gehe nicht um die von ihr genannten großen Firmen, sondern um die Unterstützung und individuelle Hilfe von inhabergeführten Unternehmen. An Stadträtin Knecht gerichtet teilt er mit, er bedanke sich für den Hinweis für die Verlinkung der Homepages von Stadt und LUIS. Dies sei vorgesehen; sei bisher aufgrund des erst kürzlich erfolgten Relunches der städtischen Homepage aber noch nicht erfolgt.

Der Aufbau eines Lieferservices müsse verlässlich sein und bedürfe einer digitalen Plattform. Dies verursache jährliche Kosten von ca. 200.000 €/Jahr. Einen Lieferservice nur durch studentische Kräfte zu betreiben sehe er kritisch.

Unabhängig vom Verkehrsmittel müsse man alle Menschen in Ludwigsburg willkommen heißen. Man benötige auch das Kundenklientel aus dem gesamten Landkreis. Solange man kein anderes probates Mittel habe, müsse man auch auf das Thema Parken setzen und die Kundenfrequenz in der Innenstadt zu steigern.

Stadtrat **Prof. Vierling** führt aus, dem Aufstockungswunsch für die nächste Zeit komme man gerne nach. Man sei bereit die 70.000 €-Stelle für weitere 3 Jahre zu verlängern. Die Zusatzaufgaben müssten unmittelbar angegangen werden. Hierfür wäre es sinnvoll, ein Jahr lang 50.000 € zu gewähren und anheim zu stellen, ob diese Mittel personell, oder als Sachmittel genutzt werden. Man sei also bereit 50.000 € für Mitte 2021 bis Mitte des Jahres 2022 zur Verfügung zu stellen. Im Strategieprozess und Strategiebeirat müsse zusätzlich über die Strategieausrichtung von LUIS gesprochen werden.

Stadträtin **Liepins** teilt mit, LUIS benötige Unterstützung für die Jahre 2021 und 2022. Klar sei, man könne keine qualifizierte Person für ein Jahr einstellen. Als Kompromissvorschlag könne sie sich eine Befristung für zwei Jahre vorstellen.

Stadtrat **Haag** weist auf die schwierige Arbeitsmarktsituation im Bereich der IT hin.

Aus Sicht von Stadtrat **Rothacker** ist kein qualifiziertes IT Personal notwendig. Er halte den Vorschlag einer Finanzierung bis Ende des Jahres 2022 gut.

Aus Sicht von Stadtrat **Herrmann** sollte zunächst über den Verwaltungsvorschlag abgestimmt werden.

Aus Sicht von OBM **Dr. Knecht** sollte entweder über Personal oder Dienstleistung entschieden werden. Er entnehme aus den Wortbeiträgen, dass bis auf die Fraktion der Freien Wähler sich mehrheitlich für Personal ausgesprochen habe. Hier mache aus seiner Sicht 2 Jahre Sinn, weil dies die Regelbefristung von Arbeitsverhältnissen sei. Vom 01.07.2021 bis 30.06.2023 sei sein sinnvoller Kompromissvorschlag.

Im Namen der FWV-Fraktion stellt Stadtrat **Weiss** den Antrag, den jährlichen Zuschuss an den Ludwigsburger Innenstadtverein (LUIS e.V.), in Höhe von bisher EUR 180.000,- um 3 Jahre zu verlängern und einen einmaligen Zuschuss in Höhe von EUR 75.000,- zu bezahlen.

OBM **Dr. Knecht** lässt zunächst über diesen weitergehenden Antrag abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird bei Stimmengleichheit mit 17 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Gericke
 - Stadtrat Heer
Befangen: - Stadträtin Dr. Klünder

Im Anschluss greift OBM **Dr. Knecht** einen Antrag von Stadträtin Liepins als modifizierten Beschlussvorschlag auf und stellt diesen zur Abstimmung. (vgl. Ziff. 2 abweichender Beschluss).

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 29 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Gericke
 - Stadtrat Heer
Befangen: - Stadträtin Dr. Klünder

Nach einer 3 minütigen Sitzungspause erläutert im Anschluss OBM **Dr. Knecht** den Beschlussvorschlag 1 und das vorgesehene Maßnahmenpaket.

Nach Aussprache lässt OBM Dr. Knecht über die Maßnahmen einzeln abstimmen. Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1.1 wird mit 30 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Gericke
 - Stadtrat Heer

Der Beschluss zu den Ziffern 1.2 bis 1.4. wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Gericke
 - Stadtrat Heer

OBM Dr. Knecht teilt mit, die Beschlussziffer 1.5 könne nun entfallen, da dies bereits in Ziffer 2 des Beschlussvorschlags enthalten sei. Eine Abstimmung sei daher nicht erforderlich.

Der Beschluss zu Ziffer 2.1 wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Gericke
 - Stadtrat Girrback
 - Stadtrat Heer

Zu den Ziffern 2.2. und 2.3. teilt OBM Dr. Knecht mit, der Diskussion habe er entnommen, dass der Verwaltungsvorschlag als zu kompliziert wahrgenommen werde., ihm fehle zudem die soziale Komponente und es würde in der Abwicklung für die Verwaltung zu aufwändig sein. Er schlage daher vor, für die Ziffern 2.2 und 2.3 der mittelfristigen Maßnahmen insgesamt EUR 50.000, - zur Verfügung zu stellen. Die Stadtverwaltung erstelle ein entsprechendes Konzept zur Umsetzung.

Er lässt über die so geänderten Vorschlag abstimmen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Gericke
 - Stadtrat Heer

Der Beschluss zu Ziffer 2.4 wird mit 21 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Gericke
 - Stadtrat Heer

Der Beschluss zu den Ziffer 2.5 bis 2.8. wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Gericke
 - Stadtrat Heer

Beschluss:

Die Stadt Ludwigsburg übernimmt für die Jahre 2021 bis einschließlich 2025, ebenso wie alle anderen Kreiskommunen im Verhältnis der Anzahl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner, den Anteil der Kosten der Interventionsstelle für Opfer häuslicher Gewalt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Bauer
 - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Gericke
 - Stadtrat Heer

Befangen: - Stadträtin Shoaleh

Beratungsverlauf:

Zu diesem Tagesordnungspunkt erklärt sich Stadträtin **Shoaleh** für befangen.

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Mobilität, Technik und Umwelt (MTU) am 11.02.2021 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung.

BM **Ilk** erläutert den Sachverhalt und geht auf die Vorberatung und die hohe Wertschätzung im Ausschuss ein.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** teilt mit, dass der Dank insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Interventionsstelle für diese großartige Leistung gelte.

Auf weitere Aussprache wird verzichtet. OBM **Dr. Knecht** schließt sich dem Dank der Vorrednerin an und lässt über die Vorlage Nr. 501/20 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Ab 01. März 2021 wird ein Strategie- und Zukunftsbeirat eingerichtet.
2. Der Strategie- und Zukunftsbeirat erhält folgende Sitzverteilung:

Ansprechpartner/-in

GRÜNE (3 Sitze)	Ulrich Bauer
CDU (2 Sitze)	Klaus Herrmann
FW (2 Sitze)	Reinhardt Weiss
SPD (2 Sitze)	Dr. Daniel O'Sullivan
FDP (2 Sitze)	Sebastian Haag
Linke (1 Sitz)	Jürgen Müller
Einzelstadträte (1 Sitz)	Elga Burkhardt und Hayrettin Dogan

3. Die Haushaltsstrukturkommission wird aufgelöst. Ziff. 2 der Beschlussvorlage 219/19 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Bauer
- Stadträtin Burkhardt
- Stadträtin Gericke
- Stadtrat Heer

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 09.02.2021. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 024/21 Beschluss fassen.

Abweichender Beschluss:

Die der Vorlage Nr. 002/21 beigefügte Benutzungsordnung für die Stadtbibliothek der Stadt Ludwigsburg wird als Satzung beschlossen

In der Satzung wird das Wort „Benutzerausweis“ durch „Bibliotheksausweis“ ersetzt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Bauer
 - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Gericke
 - Stadtrat Heer

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales (BSS) am 03.02.2021 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung.

Er teilt mit, um der gendergerechten Sprache gerecht zu werden, solle in der Satzung das Wort „Benutzerausweis“ durch „Bibliotheksausweis“ ersetzt werden.

Auf Aussprache wird verzichtet. OBM **Dr. Knecht** lässt über die Vorlage Nr. 002/21 Beschluss fassen.

Abweichender Beschluss:

- I. Der Entwurfsbeschluss zum Bebauungsplan „Östlich der Steinheimer Straße“ Nr. 120/23 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung, jeweils mit Datum vom 11.12.2020, beschlossen. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Plan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 11.12.2020.



- II. Ziel der Planung ist die Entwicklung von Wohnbaugrundstücken sowie die Sicherstellung der Erschließung des rückwärtigen Bereichs nördlich der Lembergschule.
- III. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplan und die Begründung gem. § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.
- V. Planungsbeschleunigung: Hält die Verwaltung Ergänzungen oder Veränderungen des ausgelegten Plans für erforderlich und ist aus diesem Grunde ein Verfahren gem. § 4a Abs. 3 BauGB geboten, so ist sie ermächtigt, dies in eigener Zuständigkeit durchzuführen. Voraussetzung hierfür ist, dass sich durch die Änderungen keine erheblichen und/oder nachhaltigen Beeinträchtigungen für die betroffene Öffentlichkeit, die Umwelt oder sonstige Belange ergeben. Der Ausschuss ist umgehend mündlich oder schriftlich hierüber zu unterrichten. Dabei ist Aufschluss über die vorgenommenen Änderungen, deren Gründe und deren Auswirkungen zu geben.
- VI. *Die max. Traufhöhe beträgt 6,25m*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Bauer
- Stadträtin Burkhardt

- Stadträtin Gericke
- Stadtrat Heer

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften (SHL) am 04.02.2021 und den dort einstimmig gefassten Beschlussempfehlung.

BMin **Schwarz** teilt mit, der Empfehlungsbeschluss sei unter der Maßgabe einer Traufhöhe von 6,25 m gefasst worden.

Stadtrat **Link** kritisiert Ziff. A 9.1 der textlichen Festsetzungen.

OBM **Dr. Knecht** teilt mit, die Kritik an der komplizierten Formulierung sei angekommen. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt er über die Vorlage Nr. 315/20 mit dem Hinweis, dass die Traufhöhe max. 6,25 m beträgt, abstimmen.

Am Ende der Sitzung teilt OBM **Dr. Knecht** mit, Elternmonatsbeiträge für die Kinderbetreuung werden zurückerstattet, wenn das jeweilige Kind den ganzen Monat gefehlt hat.

Stadträtin **Wiedmann** erkundigt sich, ob es möglich wäre, künftig abweichende Beschlussvorschläge auf der Leinwand im Sitzungssaal darzustellen.

OBM **Dr. Knecht** teilt mit, wenn der Gemeinderat und die Ausschüsse wieder in den üblichen Sitzungsräumen tagen, könne man geänderte Beschlussvorschläge über die Visualizer/Dokumentenkameras, für alle lesbar, auf die Leinwand projizieren.

Die Nichtöffentliche Sitzung entfällt.